Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

MACHT DIE MASSEN MOBIL

zu der Thälmann-Kundgebung am 19. Juli!

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Der Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 30 Pf., Reklamezeile (nicht an den dreispaltigen Teil eines Textteiles) 1 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Seestraße 7, Fern. Tel. 27 553, Postscheck Dresden 36 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42, Fernsprecher 17 236. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 M. (wöchentlich 55 Pf.), durch die Post 2 M. (zuzüglich 36 Pf. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Lokales: Otto Gabel, Dresden; Ausland: Alfred Kendrich, Berlin; übriger Teil: Erich Geldmann, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 3, Fernsprecher 17236, Postscheck Dresden 13600

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 14. Juli 1932 | Nummer 163

Ausnahmegesetz Severings gegen die KPD!

Polizei zu verschärftem Vorgehen angewiesen . Hugenbergjournaille jubelt . Hitler fordert Belagerungszustand gegen Antifaschisten . „Freiheitskampf" schärft den SA-Banden ein, daß „die Straßen reingefegt werden" . SPD-Flugblatt verhöhnt die SPD-Arbeiter: „Wer nicht hören will, muß fühlen."

Formiert die Millionenfront der roten Einheit!

Der Reichskanzler von Papen und der Reichsinnenminister von Gayl haben gestern abend ihre Fahrt nach Neudeck angetreten, die unbestreitbar im Zusammenhang mit verschärften Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei und gegen alle Antifaschisten steht. Das Blatt zur Propagierung des organisierten Arbeitermordes, der „Völkische Beobachter", hat nicht zufällig am Vorabend der Besprechungen in Neudeck die Verhängung des Ausnahmezustandes verlangt. In dasselbe Horn tutet auch das sächsische Naziblättchen, „Der Freiheitskampf", der der Reichsregierung rät, „auf den Ausnahmezustand hinzusteuern, bei dem automatisch die Polizeigewalt auf die Armee übergeht".

Noch ehe jedoch in Neudeck von Papen und Gayl und Hindenburg ein neues Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten zustande gebracht haben, hat

der sozialdemokratische Polizeiminister Severing den Ausnahmezustand gegen die Antifaschisten, gegen die Antifaschistische Aktion, gegen die Kommunistische Partei verhängt.

Unter Berufung auf die Verordnung des Papenkabinetts vom 11. Juni soll „auf jeden Fall" durch die Polizeibehörden ein Verbot von Veranstaltungen erlassen werden, wenn nach Meinung der Polizei der „Schutz der Staatsbürger nicht gewährleistet ist.

Unter Berufung auf die gleiche Notverordnung des Papen-Kabinetts werden die Polizeibehörden angewiesen, „bei unbestimmten Weisungen, die längstmögliche Haft der auf frischer Tat ertappten Täter anzuordnen". Ohne richterliche Anordnung kann eine Polizeihaft bis zu drei Monaten verhängt und durch richterlichen Spruch eine abermalige dreimonatige Haft verfügt werden.

Mit diesem Erlaß demonstriert Severing geradezu, daß Preußen, die von der sozialdemokratischen Presse fortwährend heraus-gestrichene „Zitadelle der Republik", in Wirklichkeit — wie wir Kommunisten es immer wieder gesagt haben — ein Bollwerk der Papendiktatur ist. So wird denn auch Severings Papen-Erlaß von der gesamten bürgerlichen Presse, selbst von der faschistischen Hugenberg-Journaille, begeistert begrüßt.

Die faschistischen Banden sehen in diesem Erlaß für sich ein ermunterndes Zeichen zur Steigerung ihrer Mordhetze und ihres Mordterrors. So schreibt der gestrige „Freiheitskampf" in Fortsetzung seiner Mordhetze:

„Gehen wir einmal aus uns heraus, so werden die Straßen reingefegt werden, daß den Herren von rechts und links die Augen übergehen."

Damit wird noch schlimmerer Terror angekündigt, ein Terror, wie ihn schon am vergangenen Sonntag, an dem es allein in Zittau 3 Tote der faschistischen Mordbanden gegeben hat, kennengelernt haben. Aber während die SA-Banden Gewerkschaftshäuser stürmen dürfen, während sie Arbeiter erwürgen und erschlagen, wie sie es mit dem Arbeiter Hentschel in Gnadenfrei getan haben, in derselben Zeit werden jedem antifaschistischen Kämpfer durch Severing allein drei Monate Schutzhaft angedroht, wenn er sich der braunen Mordpest erwehrt.

Das ist die „Einheitsfront" der SPD-Führer in ihrem wahren Gesicht! Dafür fordern sie von uns, daß wir sie nicht angreifen sollen, dafür fordern sie von den sozialdemokratischen Arbeitern, jede gemeinsame lokale Aktion streng zu vermeiden".

Das führt sogar soweit, daß in einem Handzettel der Sozialdemokratischen Partei Dresden-Gittersee, am Tage eines Nazialmarsches den Arbeitern gesagt wurde:

„Haltet eure Kinder von der Straße weg, kein Einwohner darf sich — wenn die Nazis kommen — auf der Straße sehen lassen. Wer seine Neugierde nicht bändigen kann, muß es dann auch ertragen, wenn er diese Neugierde schmerzlich bezahlen muß."

Also! „Wer nicht hören will, muß fühlen!"

Das ist es, was die sozialdemokratischen Führer den antifaschistischen Kämpfern schamlos zu sagen wagen. Dabei muß die Dresdner Volkszeitung in ihrer gestrigen Ausgabe selbst feststellen:

„Aber selbst die Wohnungen sind nicht mehr sicher vor Hitlers Horden, sie stürmen bereits in die Häuser und zerstören die Einrichtungen der Gewerkschaften."

Die Arbeiter gleichzeitig aufzufordern, die Fenster zu schließen und sich dem Nazi-Terror wehrlos zu ergeben, was heißt das weiter, als den Verbrechern vom Hakenkreuz den Weg vollkommen freizugeben. Diese Politik spornt die Nazis nur an, den Mord in noch ärgerer Weise in die Häuser der Arbeiter hineinzutragen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen aber gegen den Nazifaschismus kämpfen. Deshalb müssen sie sich ungeachtet der Sabotageversuche der sozialfaschistischen Führer in die Antifaschistische Aktion eingliedern, die in den wenigen Wochen, in denen sie geführt wird, bereits Millionen Werktätige in ihren Bann gezogen hat.

Angesichts der verstärkten Bedrohung der Arbeiter und ihrer Partei, muß

der Appell des Genossen Ernst Thälmann,

den er in seiner Wuppertaler Kampfrede ergehen ließ, in der Antifaschistischen Aktion verwirklicht werden: „Macht Deutschland faschistenrein!"

Unter dieser Losung heißt es die Antifaschistische Aktion auch in Dresden zu verstärken und ermunternde Beispiele des antifaschistischen Kampfes zu schaffen. Das alles muß Hand in Hand geschehen mit der

Mobilmachung zur großen antifaschistischen Kundgebung am Dienstag, dem 19. Juli, auf der Ernst Thälmann spricht!

Neuer Unterstützungsraub in Dresden

In seiner gestrigen Sitzung hat der Gesamtrat der Stadt Dresden einen Beschluß gefaßt, der ein neues unerhörtes Attentat auf die Lebenshaltung der Werktätigen bedeutet. Es wurden in der gehobenen Fürsorge alle Unterstützungssätze herabgesetzt. Bisher erhielt ein Ehepaar 67 Mark im Monat. Vom 1. Juli nur noch 64 Mark. Für das Familienhaupt wurden gezahlt 55 Mark, jetzt noch 48 Mark. Bei Alleinstehenden mit eigenem Haushalt betrug der Richtsatz 44 Mark, jetzt noch 42 Mark und bei Alleinstehenden ohne eigenen Haushalt wurde der Satz von 24 auf 23 Mark herabgesetzt. Dezernent des Fürsorgeamtes der Stadt Dresden ist der Sozialdemokrat Stadtrat Kirchhof. Dieses Beispiel zeigt

die SPD-Führer in der Front der Papen-Notverordnungen.

Gegen diesen neuen Raub gilt es sofort Stellung zu nehmen. Morgen spricht das Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages der ostsächsische Spitzenkandidat für die Reichstagsliste, Genosse Siegfried Rädel, 10.30 Uhr auf dem Poppitz. Alle Erwerbslosen- und Fürsorgeempfänger erscheinen zu dieser Kundgebung. Sie zeigen ihre Bereitschaft zum

Kampf in der Antifaschistischen Aktion gegen Sozialreaktion und Faschismus!

Nachmachen! Nachmachen! Musterbeispiele guter Sammlung für die Antifaschistische Aktion

Der Dresdner Stadtteil 6 Striesen

sammelte am Sonntag, dem 10. Juli,

65 Reichsmark

für den Antifaschistischen Aktionsfonds
Außerdem verkauften die Genossen

350 Eintrittskarten

für die Thälmannkundgebung und rechneten sie sofort ab . Auch der Stadtteil 12 rechnete 46 Reichsmark ab . Die Parole für alle Stadtteile und Ortsgruppen lautet:

Nachmachen!

In der Antifaschistischen KAMPEWOCHE arbeitet jeder mit doppelter Kraft. Alles an die ROTE EINHEITSFRONT. Mobilisiert den letzten Mann.

Jetzt gilt's

vor allem die Sammlung für den Antifaschistischen Kampffonds zu verstärken, damit für die Führung der Antifaschistischen Aktion genügend Munition zur Verfügung steht. Aus diesem Grunde ergibt sich für jeden Genossen und für alle revolutionären Organisationen die Pflicht,

für die Antifaschistische Aktion zu sammeln

Bei dieser Sammlung für den Kampffonds wird zwangsläufig auch Haus- und Hofagitation getrieben werden. Und auch die Werbung für unsere Presse ist mit dieser Sammelkampagne für den Antifaschistischen Kampffonds gut zu verbinden. Um in der Führung der Sammelkampagne einen Höhepunkt durch Anspannung und Einsatz aller Kräfte zu erreichen, ist

am kommenden Sonnabend Großsammeltag

An diesem Tage muß jede Organisationseinheit 50 Prozent des für sie gestellten Sammelsolls erreichen. Die Ortsgruppe, die bis Dienstag früh, umgerechnet auf ihre Mitgliedschaft, den höchsten Betrag mit der Bezirksleitung verrechnet hat, erhält

als Werbe- und Sammelprämie eine Schreibmaschine

Um am Sonnabend in der Sammlung wirklich ein großes Stück vorwärts zu kommen, muß alles in den Dienst des Sammelns gestellt werden. Angefangen von der Zelle selbst und aufgehört bei Spielmannszügen der Arbeitersportler, Gesangsgruppen der Gesang- und Kulturvereine, Agitproptruppen und was wir nicht sonst noch an Pionierkolonnen für die Sammelkampagne mobil machen können.

Ueber die am Sonnabend erreichten Sammelresultate, das heißt also

über die Sammelergebnisse muß sofort berichtet werden

und zwar erstens an die UBZ und an die BZ, an die auch sofort die gesammelten Gelder abgeschickt werden müssen, und zweitens an die Redaktion, bei der bis zum Montag früh ein Bericht eingegangen sein soll. Dabei ist auch alles, was sonst noch an Werberesultaten erzielt wurde, mitzuteilen, vor allem aber, was in der Pressewerbung erzielt wurde.

Was in der Werbung für die Zeitung und für ihre Verbreitung möglich ist, hat die Ortsgruppe Freital am vergangenen Sonnabend und Sonntag bewiesen, wo von den Genossen

im Instruktorgebiet Freital etwa 1000 Exemplare der „Arbeiterstimme" umgesetzt und auch fast restlos abgerechnet

wurden. Diesem Beispiel heißt es nachzueifern. Vor allem im Hinblick auf den am Sonntag angesetzten roten Landsonntag, zu dem der letzte Genosse mobilgemacht werden muß. Schließlich heißt es bei allen diesen Gelegenheiten nie außer acht zu lassen die

stärkste Mobilmachung für die Thälmann-Kundgebung am 19. Juli in Dresden